

1 **Den Widerstand in NRW entwickeln**

2

3 Nach der Landtags- und Bundestagswahl steht der Landesverband vor neuen Herausforderungen.
4 Insbesondere die Landtagswahl war ein bitterer Erfolg für den Landesverband.

5 Dass es uns nicht gelungen ist mit fehlenden 8435 Stimmen (0,1%) in den Landtag einzuziehen, ist
6 bitter. Gleichzeitig halten wir fest, dass die LINKE NRW bei gesteigerter Wahlbeteiligung die
7 Stimmen von 2012 von 194.428 auf 415.936 mehr als verdoppeln konnte und im
8 Landtagswahlkampf sowie im Bundestagswahlkampf sehr viele neue Mitglieder dazugewonnen hat.
9 (Allein im Rahmen des Landtagswahlkampfes 977 Eintritte). Nun gilt es für den Landesverband sich
10 auf dieser Grundlage weiterzuentwickeln.

11 Nach dem Superwahljahr in NRW ist klar: Auf Landesebene wird DIE LINKE. in Nordrhein-

12 Westfalen außerparlamentarische Opposition zu den gesellschaftlichen und politischen

13 Verhältnissen sein. Die politischen Ziele für die nächsten Jahre bestehen für den Landesverband

14 darin, eine laute und vernehmbare linke Stimme gegen gesellschaftliche Missstände, für

15 Verbesserungen in Nordrhein-Westfalen zu sein, die Wahrnehmbarkeit der LINKEN in der

16 Gesellschaft und die Verankerung vor Ort deutlich auszubauen und die Parteientwicklung weiter
17 voranzutreiben.

18

19 **Die Situation in Nordrhein-Westfalen**

20

21 Die grundlegenden gesellschaftlichen Problemlagen in Nordrhein-Westfalen werden DIE LINKE

22 auch in den nächsten Jahren begleiten. Die neoliberale Politik im Interesse der Großkonzerne an

23 Rhein und Ruhr und einer kleinen Schicht von Millionären und Milliardären hat die soziale

24 Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen besonders verschärft. Eine kleine Schicht konnte sich dank

25 der Politik der letzten Jahre stark bereichern – und das auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit. In

26 Nordrhein-Westfalen zeigt sich die Kehrseite der neoliberalen Politik in aller Deutlichkeit: Der

27 Anstieg von Armut, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, eine Zunahme an prekärer und

28 unsicherer Beschäftigung, hunderttausende Menschen, die in der Langzeitarbeitslosigkeit allein

29 gelassen werden, Kommunen im Kürzungswahn, eine marode öffentliche Infrastruktur und

30 mangelhafte Bildungseinrichtungen. Diese Entwicklung spiegelt sich in Nordrhein-Westfalen auch

31 regional wieder. Neben Regionen relativer Prosperität existieren Regionen wie etwa das Ruhrgebiet,

32 in dem jeder fünfte Mensch in Armut leben muss. Diese Aufspaltung in Arm und Reich ist Ergebnis

33 einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, dass heute wieder

34 Kapitalismus genannt werden darf.

35

36 SPD und Grüne haben in den letzten Jahren in der Landesregierung vorrangig eine Politik

37 betrieben, bei der sie, entgegen ihrer Sonntagsreden und Wahlversprechen, auf jegliche

38 Umverteilung des Reichtums verzichtet haben. Sie haben die politischen Möglichkeiten auf

39 Landesebene nicht ausgeschöpft und haben eine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg

40 gestaltet. SPD und Grüne wurden bei den Wahlen abgestraft und befinden sich jetzt in der

41 Opposition. Beide Parteien werden versuchen, in Zukunft ihr Regierungshandeln vergessen zu

42 lassen und in der Opposition wieder mehr Zuspruch zu gewinnen. DIE LINKE muss eine Strategie

43 entwickeln, wie sie, insbesondere bei außerparlamentarischen Aktionen, SPD und Grüne entlarven,

44 aber auch einbinden kann. Sie waren politisch für die Enteignung breiter Bevölkerungsteile

45 mitverantwortlich. Allerdings gilt auch: unter einer Landesregierung aus CDU und FDP werden

46 diese Tendenzen nicht gestoppt, sondern deutlich verschärft werden. Bereits jetzt lassen sich

47 Politikfelder festmachen, in denen in den nächsten Jahren mit zunehmenden Verschlechterungen zu

48 rechnen ist.

49

50 Dazu gehört die **Wohnungspolitik** in Nordrhein-Westfalen: CDU und FDP haben kurz nach der

51 Landtagswahl einen umfassenden Angriff auf Schutzrechte von Mieter*innen angekündigt. Sei es
52 der Geltungsgebereich der nahezu wirkungslosen Mietpreisbremse oder die
53 Kappungsgrenzenverordnung, die verkürzte Kündigungsfristen von Mietsverhältnissen oder der
54 Wegfall der Zweckentfremdungssatzung für Kommunen - wo das Land die Möglichkeiten hat, die
55 Rechte von Mieter*innen zu kürzen und so die Position von Vermietern zu stärken, haben CDU und
56 FDP die Pläne bereits in der Schublade. Treffen wird dies über die Rechte des Landes zur
57 Bestimmung von Kommunen mit besonderer Wohnraumknappheit solche Städte, in denen die
58 Wohnsituation für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereits heute schwierig ist
59 wie Köln, Düsseldorf, Münster oder Bonn etc.. Es ist zu erwarten, dass die wohnungspolitischen
60 Konflikte auch aus der Zivilgesellschaft hier zunehmen werden. Unser Landesverband wird sich
61 verstärkt in diese Auseinandersetzung einbringen und an der Seite von Mieter*innen und Initiativen
62 für bezahlbaren Wohnraum kämpfen. Das Recht auf Wohnen gehört zu der Sozialen Frage dazu und
63 ist ein Grundrecht.

64
65 Auch in der **Umweltpolitik** drohen in den nächsten Jahren konfliktreich zu werden: Im
66 Koalitionsvertrag bezeichnen CDU und FDP die Braunkohle als „der einzige wettbewerbsfähige
67 heimische Rohstoff“, für die vorhandenen Genehmigungen der Tagebaue im Rheinischen
68 Braunkohlerevier wird Bestandsschutz garantiert. Die bereits große und aktive Bewegung gegen
69 den Braunkohletagebau und seine Folgen wird vor neue Herausforderungen gestellt werden. Hier
70 gibt es Initiativen und Bewegungen bei denen wir uns weiterhin und verstärkt einbringen wollen.
71 Dabei ist für uns klar, dass wir Umwelt- und Sozialpolitik zusammen denken. Wir stehen für einen
72 sozial-ökologischen Wandel. Auch vor dem Hintergrund der Berufung von Frau Schulze-Föcking
73 zur Landwirtschafts- und Tierschutzministerin, müssen wir dieses Themenfeld stark im Blick
74 haben. Die Besetzung dieses Ministeramtes mit einer derart einseitig geprägten und gleichermaßen
75 interessengebundenen Person ist für uns ein fatales Signal.

76
77
78 Dem Thema **Arbeit** hat Schwarz-Gelb gerade einmal zwei von 120 Seiten des Koalitionsvertrages
79 gewidmet. Klar ist damit: die drängendsten Probleme der abhängig Beschäftigten werden von
80 Schwarz-Gelb schlicht ignoriert, sei es die prekäre Beschäftigung, der Niedriglohnsektor oder die
81 Ausweitung der Tarifbindung. Dort, wo sie überhaupt etwas zu dem Thema vorhaben, sind es
82 Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten. Deutlich wird dies etwa an dem angekündigten Vorstoß
83 der NRW-Landesregierung, durch eine Bundesratsinitiative das deutsche Arbeitszeitgesetz unter
84 dem Deckmantel der Digitalisierung abzuschaffen. Die Folge einer solchen Initiative wären
85 Kürzungen Pausenzeiten und längere Arbeitstage. Unser Landesverband wird an der Seite der
86 Gewerkschaften und Beschäftigten stehen und gegen das Vorhaben der schwarz-gelben
87 Landesregierung Position beziehen. Statt einer immer weiter verstärkten Ausweitung der
88 Arbeitszeiten stehen wir für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich.

89
90 Ebenso haben CDU und FDP angekündigt, das Ladenöffnungsgesetz so auszuweiten, dass bis zu
91 acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr gestattet sind – ein Bereich, in dem im letzten Jahr ver.di
92 durch Klagen die Aushöhlung der Sonntagsruhe oft verhindert hat. Nicht nur das: auch bei
93 Bürgerbegehren wie in Münster gab es eine deutliche Entscheidung gegen die Ausweitung der
94 Sonntagsöffnungszeiten. Wir werden weiterhin auf Kommunal- und auf Landesebene an der Seite
95 der Gewerkschaften und Kirchen dagegen Stellung beziehen.

96
97 Auch im Bereich der **Bildung** gibt es viele Aspekte, die für uns LINKE in den kommenden Jahren
98 stärker in den Fokus gerückt werden müssen. Sei es die Frage der prekären
99 Beschäftigungsverhältnisse im Offenen Ganztagschulen oder (Ketten)Befristungen im
100 Wissenschafts- und Weiterbildungsbetrieb, wir streiten für gute Arbeitsbedingungen und Löhne

101 auch in Öffentlichen Einrichtungen und für den gebührenfreien Zugang zur Bildung. Dies gilt
102 sowohl für offene Ganztagschulen, Kita- Plätze, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen.
103 Wir kritisieren das Vorhaben der Landesregierung erneut Studiengebühren für Menschen aus Nicht-
104 EU-Staaten einzuführen. Insbesondere das Thema Bildung ist eine der zentralen landespolitischen
105 Themen dem wir uns verstärkt widmen werden. Die LINKE hat hier weiterreichende Konzepte und
106 Positionen. Wir streiten für eine Schule für alle. Es bleibt dabei: Wir brauchen höhere Investitionen
107 in Bildung und gerechtere Strukturen.

108

109 **Digitalisierung**

110

111 Gerade im Hinblick darauf, dass viele junge Menschen in DIE LINKE eintreten, sollten wir uns als
112 Partei stark für Themen machen, die diese Zielgruppe anspricht und im besonderen Maße betrifft.
113 Darum sollten wir ein so wichtiges und zukunftsorientiertes Thema wie die Digitalisierung nicht
114 den neoliberalen Parteien, wie allen voran der FDP, überlassen. Für viele Menschen ist das
115 gemeinsame Arbeiten im Netz von äußerster Bedeutung und für eine linke Partei in der
116 außerparlamentarischen Opposition müssen wir uns vermehrt Gehör im Internet verschaffen.
117 Deshalb dürfen wir das Thema der Digitalisierung nicht aus den Augen lassen.

118

119 Ein wichtiger Ansatzpunkt für Kritik von links wird voraussichtlich der **Landeshaushalt** werden,
120 der im Herbst das erste Mal durch CDU und FDP verabschiedet werden soll. Der letzte,
121 ausgeglichene Landeshaushalt war der erste seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen – und das nur
122 aufgrund von ökonomischen Sondereffekten.

123 Fakt ist: NRW ist als Land strukturell unterfinanziert, in der öffentlichen Infrastruktur, den Straßen,
124 Kitas und Schulen hat sich ein Investitionsstau in Milliardenhöhe gesammelt. Gleichzeitig wird seit
125 Jahren die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte an die Kommunen weitergegeben, die
126 einen Schuldenberg von rund 62 Milliarden Euro angehäuft haben. Das bevölkerungsreichste
127 Bundesland zahlt einen hohen Preis für die Steuergeschenke an Banken und Konzerne, die tiefe
128 Löcher in den öffentlichen Haushalt gerissen haben. CDU und FDP versprechen in ihrem
129 Koalitionsvertrag mehr Geld etwa für Kitas, Lehrer*innen oder Schulen. Gleichzeitig ist
130 vollkommen unklar, wie dies bei der bestehenden ungerechten Steuergesetzgebung gewährleistet
131 werden soll. Denn CDU und FDP bekennen sie sich ebenfalls zur Schuldenbremse, die für
132 Nordrhein-Westfalen ab 2020 Neuverschuldung verbietet. Unsere Lösungsvorschlag ist transparent:
133 Wir brauchen eine Umverteilungspolitik und Steuergerechtigkeit. Wir wollen untere und mittlere
134 Einkommen stark entlasten und Superreiche und Konzerne stärker zur Kasse bitten, um notwendige
135 öffentliche Investitionen zu tätigen und eine soziale Infrastruktur zu gewährleisten. Doch die
136 Landesregierung und die anderen Parteien verschließen sich bisher dieser Politik.
137 Das Ergebnis dieser Haltung der Landesregierung wird kurz- oder mittelfristig zu Kürzungen im
138 Landeshaushalt führen. Die zu erwartenden unpopulären Kürzungen werden die Regierungsparteien
139 wohl erst nach dem Bundestagswahlkampf in die politische Diskussion einbringen.

140

141 Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, wohin die Reise gehen wird: CDU und FDP planen Teile
142 der öffentlichen Infrastruktur zu privatisieren oder teilweise zu privatisieren (**Öffentlich-Private-
143 Partnerschaft**), unter anderem im Verkehrsbereich. Zusätzlich kündigen CDU und FDP einen
144 Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung an. Weitere Kürzungsmaßnahmen sind zu erwarten im
145 sozialen Bereichen oder der Grundfinanzierung etwa von Krankenhäusern mit den bekannten
146 negativen Folgen für Personal und Patienten.

147 Wir werden uns klar gegen diese Kürzungsmaßnahmen richten. Es sind auch Widerstände aus der
148 Gesellschaft und von Gewerkschaften zu erwarten, die wir ebenfalls aufgreifen und unterstützen
149 werden. Insbesondere im Gesundheitsbereich gibt es die Kampagne Pflege am Boden, die wir
150 weiterhin intensiv begleiten wollen.

151
152 DIE LINKE NRW wird sich auch in den kommenden Jahren in die gesellschaftspolitischen
153 Konflikte einbringen und aktiv an der Seite von Betroffenen, Gewerkschaften oder sozialen
154 Bewegungen ihren Platz einnehmen – als außerparlamentarische Opposition.
155 Für DIE LINKE kommt es also darauf an, ein glaubwürdige Stimme für ein sozial gerechtes,
156 ökologisches und friedliches NRW zu sein. Der Landesvorstand ist hierfür in der Pflicht mit
157 konkreten Veranstaltungs- und Aktionsvorschlägen Impulse in die Debatte und in die Partei zu
158 tragen.

159

160

161 **Alle Teile der Klasse ansprechen**

162

163 Dabei gilt zu beachten, dass DIE LINKE nicht zuletzt in den vergangenen Landtagswahlen bei
164 Arbeiter*innen insbesondere mit niedrigem Einkommen, prekär Beschäftigten und
165 Empfänger*innen von Transferleistungen relativ an Zuspruch verloren hat, während die
166 Rechtspopulisten in diesen Bevölkerungsteilen dazugewonnen haben. Es ist eine wichtige Aufgabe
167 der LINKEN, diese Menschen zurückzugewinnen und von unserer Politik zu überzeugen. Die
168 größte Herausforderung dabei wird sein, dass viele der von Armut betroffenen Menschen überhaupt
169 kein Vertrauen mehr in Politik und kaum Hoffnung auf Verbesserungen haben. Dieses Vertrauen
170 und diese Menschen müssen wir zurückgewinnen. Klar ist dabei: einfache Antworten auf eine
171 bessere Verankerung in diesem Teil der Arbeiter*innenklasse wird es nicht geben. Doch DIE
172 LINKE muss sich auf den Weg machen, Antworten auf verschiedene Fragestellungen zu erarbeiten:
173 Wie kommt es, dass DIE LINKE offensichtlich gerade in besonders von Armut betroffenen
174 Stadtteilen, in denen sie als einzige Partei solidarische Politikangebote für die Menschen macht
175 verliert? Muss DIE LINKE ihre Form der politischen Ansprache überarbeiten? Was muss DIE
176 LINKE in ihrer Parteilarbeit ändern, was kann an parteiinterner Kommunikation getan werden, um
177 das zu ändern? Wir werden uns verstärkt mit diesen Fragen Auseinandersetzen und unsere
178 Strukturen da wo notwendig neu denken bzw. weiterentwickeln. Denn klar ist: Wir dürfen die
179 Abgehängten nicht den Rechtspopulisten und ihrem Rassismus überlassen. Es ist die politische
180 Aufgabe einer sozialistischen Partei um alle Teile der Arbeiter*innenklasse zu kämpfen. Als Linke
181 in Nordrhein-Westfalen nehmen wir diese Herausforderung an!

182

183

184 **Was tun?**

185

186 Die LINKE. NRW hat momentan 7.257 Mitglieder. Viele Kreisverbände sind in den letzten
187 Monaten stark gewachsen, oft sind es gerade junge Mitglieder, die neu eintreten. Wir sind damit auf
188 dem Weg einer der mitgliederstärksten Landesverbände unserer Partei zu werden.

189 **Attraktive Mitmach-Partei**

190 Es ist für die Entwicklung der Partei unerlässlich mehr Mitglieder zu aktivieren. Dafür ist es
191 sinnvoll in den Kreisverbänden, in denen es noch nicht geschehen ist, wieder einen
192 Mitgliederbeauftragten einzusetzen. So müssen neue Mitglieder die ersten Schritte im politischen
193 Alltag nicht allein gehen. Der Mitgliederbeauftragte kann Neumitglieder in der Partei willkommen
194 heißen, persönliche Treffen anbieten, Neumitgliederfrühstücke organisieren, sowie die regionale
195 Anbindung und Kontakte in die verschiedenen Gliederungen schaffen. Nie sind Menschen so
196 euphorisch wie beim Eintritt in einer Partei, genauso so schnell kann diese Euphorie aber auch
197 verpuffen, wird sie nicht von den Strukturen vor Ort aufgefangen.

198 Die Partei benötigt allerdings auch mittelfristig Angebote, die über das normale Parteileben
199 hinausgehen. Eine Mitgliederversammlung ist eine Möglichkeit, den Bedürfnissen neuer Mitglieder

200 nach lebendiger Debatte gerecht werden, aber ebenso kann sie starr und wenig attraktiv wirken. Es
201 kommt darauf an DIE LINKE zu einer attraktiven ‚Mitmach-Partei‘ weiterzuentwickeln, in der sich
202 möglichst viele mit ihren Wünschen, Interessen und Talenten einbringen können. Dafür ist auch das
203 Gesprächs- und Debattenklima wichtig, das zum Verbleib Neuer animieren sollte.

204 Wichtig ist, dass wir nicht ausschließen wollen, sondern einladen, egal ob alte Politikhasen oder
205 politische Neulinge. Wenn wir unsere Partei verstärkt auch für Menschen ohne akademischen
206 Hintergrund und politische Vorgeschichte gewinnen wollen, müssen wir auch entsprechend handeln
207 und reden.

208 Erst wenn wir zu einer gemeinsamen Debatte darüber kommen, wie wir es schaffen, die
209 unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründe unserer Mitgliedschaft durch unsere
210 innerparteiliche Kultur abzubilden und als Bereicherung zu begreifen, können wir mögliche
211 Widersprüche vorbeugen bzw. auflösen.

212 Eine erfolgreiche Mitmachpartei, muss auch neue Wege beschreiten bei den Angeboten vor Ort:
213 Möglichkeiten dazu wären Lesekreise, Filmvorträge und Lesungen, aber auch offene, politische
214 Stammtische, Kulturabende, Grillfeste oder Aktiventreffen. Wie immer zeigt sich auch hier die
215 Wahrheit in der Praxis. Es gilt sich auf den Weg zu machen und Neues zu erproben. Das Parteileben
216 muss unsere Mitglieder und Sympathisierende bereichern.

217 Für eine linke Partei ist eine sinnstiftende Kultur elementar. Es braucht ein innerparteiliches
218 Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Partei muss von den Mitgliedern als ein Ort erlebt werden, wo
219 über politische Differenzen hinweg Gemeinschaft und Solidarität erfahren wird. Sie wollen ihre
220 ehrenamtliche Arbeit sinn- und planvoll eingesetzt und gewürdigt sehen, sie werden motiviert, wenn
221 das eigene Engagement Teil eines sinnvollen Ganzen ist. Das gilt ebenso für Sympathisierende
222 sowie Nicht-Parteimitglieder

223

224 **Frauen**

225 Erfreulicher Weise geht aus dem vierten Gleichstellungsbericht von 2016 hervor, dass der Anteil der
226 eingetretenen Frauen in NRW sich von 2007 bis 2015 von 25% auf 37% erhöht hat. Trotz
227 struktureller gesellschaftlicher Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, treten mehr Frauen in
228 unsere Partei ein und die Tendenz ist steigend. Leider ist dies auch bei nun 37% trotzdem kein
229 Grund für Jubel und liegt hinter unseren eigenen Ansprüchen als feministische Partei. Die im
230 Vorherigen genannten Punkte, insbesondere eine veränderte Sitzungskultur, sind maßgeblich für den
231 Spaß an der politischen Arbeit und das Engagement aller Mitglieder, auch Frauen. Rücksichtnahme,
232 Verständnis für die Alltäglichen Lebensbedingungen von Frauen egal ob sie alleine erziehen,
233 besonders von Altersarmut betroffen sind, zu pflegende Angehörige betreuen oder den alltäglichen
234 Sexismus ertragen müssen- was sie alle nicht brauchen sind Sitzungen, Aktionen oder Parteitage,
235 die zusätzliche Belastungen darstellen. Dafür braucht es ein Bewusstsein aller Parteimitglieder. Was
236 auf Landesebene mittlerweile Standard ist, sollte weiterentwickelt werden. Kinder dürfen kein
237 Hinderungsgrund für politisches Engagement sein- eine Kinderbetreuung sollte sich auch auf KV
238 Ebene stärker etablieren. Ebenso sollten Sitzungszeiten überdacht werden, ggf. aktiv auf Frauen zu
239 gegangen werden, welche Zeiten für sie gut sind. Frauenplena dürfen auch auf KV-Ebene kein zu
240 diskutierender Punkt sein, sondern bei Bedarf eine Selbstverständlichkeit.

241 Anstelle eines Frauenplenums vor Beginn der Tagung finden in Zukunft Frauen- und parallele
242 Männerplena innerhalb der regulären Tagesordnung eines Landesparteitages statt.

243 Gemeinsam müssen wir Frauen „sichtbar“ machen und stärken, um den selbst gesteckten Zielen
244 gerecht zu werden. Es wäre ein leichter Schritt hierzu bereits gefasste Beschlüsse gemeinsam
245 konsequent umzusetzen: Quotierte Referent*innen bei Veranstaltungen, geschlechtergerechte

246 Sprache, quотиerte Redner*innenlisten. Zur Sichtbarkeit sollten wir gemeinsam auf mehr Frauen
247 z.B. bei unseren Direktkandidat*innen bei Wahlen achten, die maßgeblich unser Bild nach außen
248 mitbestimmen.

249 **Strukturen weiterentwickeln**

250 Zusätzlich wollen wir in Zukunft regelmäßige Treffen zwischen den KV Sprecher*innen auf
251 Landesebene organisieren um uns über die lokale Arbeit vor Ort auszutauschen. So können sich
252 erfolgreiche Wege der Mitgliederaktivierung oder Aktions- und Veranstaltungsvorschläge schneller
253 im Landesverband verbreiten und die regionale Zusammenarbeit intensiviert werden.

254 Durch einen ständigen Austausch über gute und schlechte Erfahrungen können wir unsere Arbeit
255 kontinuierlich weiterentwickeln.

256 Im ländlichen Raum haben sich die Wahlergebnisse stark verbessert. Um diese Entwicklung
257 aufzugreifen und zu verstärken, muss sich DIE LINKE. NRW stärker im ländlichen Raum
258 etablieren. Hier fehlen uns meist Personal und Ressourcen. Um die Verankerung der LINKEN in
259 den Flächenkreisen zu stärken, ist folgendes notwendig:

260 • Eine stärkere Vernetzung der ländlichen Kreisverbände wird durch den Landesvorstand
261 unterstützt.

262 • Materialien werden unter Berücksichtigung von Einwohnerzahl und Fläche verteilt. • Ländliche
263 Themen müssen sich stärker in der LINKEN NRW wiederfinden.

264 • In DIE LINKE. NRW werden ländliche Strukturen personell angemessener vertreten.

265 • (Wahl-)Veranstaltungen der LINKEN NRW werden auch in Flächenkreisen bzw. im ländlichen
266 Raum stattfinden.

267 Der Landesvorstand wird damit beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen zu prüfen.

268 Die Landespartei diskutiert ergebnisoffen die Frage einer Regionalisierungsstruktur. Eine Einigung
269 muss erzielt werden in den Punkten der regionalen Einteilung sowie in der Form und
270 Verbindlichkeit der regionalen Zusammenarbeit. Damit einhergehend kann die Frage von
271 Listenaufstellungen offen und transparent diskutiert und mögliche Wahlverfahren unter Beteiligung
272 der Basis erörtert werden.

273 Darüber hinaus empfiehlt der Landesvorstand den weiteren Ausbau der Organisationsstrukturen.
274 Ortsgliederungen (Orts- und Stadtverbände) werden systematisch erfasst und in der
275 Mitgliederdatenbank mit Ansprechpartner*innen hinterlegt um auch hier Kontaktmöglichkeiten zu
276 schaffen und den innerparteilichen Austausch von Informationen zu befördern.

277 Der Landesvorstand regt an, dass bis zum Jahr 2019 die Kreisverbände in NRW eine*N
278 Kreisgeschäftsführer*in wählen, damit ein regelmäßiger Austausch zu organisatorischen Fragen
279 systematischer in regelmäßig stattfindenden „Think Tanks“ durchgeführt werden können.
280 Gemeinsam mit der Landesebene sollen so die operative Fragen zum Strukturaufbau gezielt
281 erarbeitet und gefördert werden.

282 **Außerparlamentarische Opposition und Parlamentarismus**

283 Nach der Landtags- und Bundestagswahl werden wir für einige Zeit keine Wahlkämpfe mehr haben
284 und haben deshalb Zeit, eine Debatte über „Fluch und Segen“ des Parlamentarismus zu führen.
285 Auch die LINKE.NRW ist bereits sehr auf Parlamentarismus und Stellvertreterpolitik orientiert.
286 Natürlich könnten wir mit einer Landtagsfraktion außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe
287 ganz anders unterstützen als ohne. Trotzdem ist es mehr als überfällig, uns über die Wirkungen
288 auseinanderzusetzen, um der Stellvertreterpolitik Grenzen zu setzen und um die Parlamente auch

289 und vorrangig als eine Bühne für die außerparlamentarische Opposition und Bewegung zu nutzen.
290 Das gilt natürlich nicht nur für NRW, sondern für die gesamte Partei.

291

292 Es gibt schon seit langer Zeit viele und gute Vorschläge, wie den Wirkungen des Parlamentarismus
293 begegnet werden kann und die wir im Landesverband diskutieren und beschließen sollten:

294 Begrenzung und Befristung parlamentarischer Ämter, bessere Umsetzung der Trennung von Amt
295 und Mandat und Professionalisierung der oberen Parteifunktionen.

296 **Die Verankerung der Partei in der Öffentlichkeit**

297

298 Klar ist: DIE LINKE wird ohne Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen um mediale und
299 öffentliche Wahrnehmbarkeit kämpfen müssen. Dafür müssen wir unsere eigene Öffentlichkeit
300 schaffen und gezielt Themen setzen und Kampagnen aufbauen.

301 DIE LINKE NRW ist angehalten die kommunalpolitische Arbeit unserer Ratsfraktionen stärker in
302 den Fokus zu rücken und gezielte Kampagnen in Verbindung mit den Ratsfraktionen aufzubauen.

303 Welche Themen sich für Kampagnen eignen, wird in Zusammenarbeit mit den Ratsfraktionen und
304 Kreisverbänden erarbeitet. Z.B.: das Thema der prekären Beschäftigung in öffentlichen
305 Einrichtungen wie insbesondere in offenen Ganztagschulen eignet sich in jedem Fall für solch eine
306 Kampagnenarbeit.

307

308 **Stadtteilarbeit**

309 Der Sonderlandesrat der LINKEN NRW hat einstimmig dem Antrag zugestimmt, eine Konferenz zu
310 organisieren, die sich mit Formen und Methoden linker Stadtteilarbeit beschäftigt. Ziel soll sein,
311 neue Formen der politischen Arbeit zu entwickeln, um in von Armut, Niedriglöhnen und
312 Transfereinkommen besonders geprägten Stadtteilen wieder mehr Menschen von linken politischen
313 Inhalten zu überzeugen und für eine gemeinsame politische Arbeit zu gewinnen. Dafür werden linke
314 Parteien und Organisationen eingeladen, die bereits Erfahrungen mit linker Stadtteilarbeit
315 gesammelt haben wie etwa die KPÖ aus Österreich oder die SP aus den Niederlanden. Die
316 Ergebnisse der Konferenz sollen den Kreisverbänden zugänglich gemacht werden. Wünschenswert
317 ist ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreisverbänden, die sich aktiv der Stadtteilarbeit widmen
318 über Best-Pratice-Methoden und Erfahrungen über gelungene Organisierungsmethoden.

319

320 **Sozialberatung als Teil linker Sozialpolitik**

321

322 DIE LINKE bietet seit vielen Jahren deutschlandweit in allen Bundesländern und hunderten von
323 Kommunen eine kompetente Sozialberatung an. Auch in NRW hat DIE LINKE ein breitgefächertes
324 Netz von Sozialberatungsstellen aufgebaut, mit denen sie hauptsächlich den von Hartz IV
325 betroffenen Menschen eine Anlaufstelle für ihre Probleme bietet. Aber auch Arbeitsplatzverlust,
326 drohende Wohnungslosigkeit oder nicht ausreichende Renten sind regelmäßige Problemlagen in der
327 Sozialberatung. Damit die Sozialberatung auch regelmäßig aufgrund einer Flut von
328 Gesetzesänderungen oder sich ändernder Rechtsprechung "auf der Höhe der Zeit" bleibt, führen wir
329 regelmäßige Fortbildungen durch, die vom Landesverband finanziert werden.

330

331 Eine qualifizierte Sozialberatung ist angesichts der massenhaft rechtswidrigen Praxis der Jobcenter
332 notwendiger denn je. Wir erleben insbesondere in NRW seit Jahren eine stetig wachsende Armut
333 und eine von Monat zu Monat steigende Zahl von Menschen, die auf Hartz IV-Leistungen
334 angewiesen sind. Mit ca. 1,22 Mio. sog. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ca. 495.000
335 Kindern und Jugendlichen liegen diese Zahlen auf einem Rekordniveau. Hartz IV steht bekanntlich
336 für ein Massenverarmungsprogramm, mit dem Menschen in unzumutbare Jobs bzw. sog.
337 Arbeitsgelegenheiten gezwungen werden und für ein Repressionssystem, durch das bundesweit ca.

338 1 Mio. Sanktionen jährlich verhängt werden. DIE LINKE ist von Anfang an die Partei, die unter der
339 Losung "Weg mit Hartz IV" sich dieser menschenunwürdigen Politik entgegenstellt, während alle
340 anderen Parteien verbissen an diesem System festhalten. Sie trägt den Widerstand dagegen in die
341 Parlamente und durch regelmäßige Aktionen vor die Jobcenter.

342
343 Wir verstehen das Sozialberatungs-Angebot aber nicht nur als eine rein rechtliche Hilfestellung,
344 sondern auch als eine politische Initiative, die die Menschen ermächtigen soll, sich gegen dieses
345 Hartz IV-System und andere neoliberale Zumutungen aktiv zu wehren. Von Bedeutung für die
346 Verbesserte Verankerung der LINKEN wird es daher sein, die Sozialberatungen stärker zu nutzen,
347 um die Betroffenen zum politischen Widerstand zu ermutigen.

348 Deshalb laden wir diese Menschen auch immer wieder dazu ein, unsere Aktionen vor den
349 Jobcentern zu unterstützen, da die von Hartz IV betroffenen Menschen keine andere Lobby haben,
350 die sie verlässlich vor Behördenwillkür schützt. Auch deshalb sind kompetente
351 Sozialberatungsstellen ein unverzichtbarer Bestandteil linker Politik. Und dass eine kontinuierliche
352 Sozialberatung auch das Wähler*innenverhalten beeinflusst, beweisen die Wahlergebnisse der
353 letzten Landtagswahl in NRW, bei der DIE LINKE in zahlreichen Wahlbezirken dort besonders gute
354 Ergebnisse erzielen konnte, in denen seit Jahren eine verlässliche Sozialberatung angeboten wird.
355 Die Sozialberatungen müssen auch landesweit stärker vernetzt werden

356 357 **Bündnisarbeit und soziale Bewegungen**

358
359 Für eine Partei wie DIE LINKE ist es überlebenswichtig, Bündnisse aufzubauen und sich in den
360 sozialen Bewegungen sowie in den Gewerkschaften zu verankern. Wir wollen verstärkt an der Seite
361 der Beschäftigten und Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen stehen und Solidarität deutlich zum
362 Ausdruck bringen. Hierbei ist die Politik der Einzelgewerkschaften gesondert zu bewerten und
363 gegebenenfalls kritisch zu hinterfragen. Mit einer Gewerkschaft, die z.B. zu
364 Gegenkundgebungen gegen die Aktion "Ende Gelände" aufruft, sollten wir die
365 kritische Auseinandersetzung suchen.

366 Wir wollen unserem Anspruch einer dauerhaften Verankerung in den Betrieben näher kommen. Am
367 besten wäre wenn es über die Situation in den Betrieben und in den Gewerkschaften einen
368 Austausch in einer Struktur der Partei geben würde. Hierfür sind auch die
369 Landesarbeitsgemeinschaften entscheidend. Gleichzeitig kann es hilfreich sein, dass auf örtlicher
370 Ebene Strukturen wie AG's gebildet werden.

371 In den kommenden Monaten wird die Linke an der Seite der Beschäftigten im Krankenhaussektor
372 stehen, die für mehr Personal und eine bessere Entlohnung kämpfen. Darüber hinaus unterstützen
373 wir alle Proteste gegen die von der Landesregierung geplanten Studiengebühren für ausländische
374 Studierende aus dem EU-Ausland.

375 376 **Welche Schwerpunkte ergeben sich daraus für den Landesverband ?**

377
378 Wir schlagen vor, in den kommenden Monaten die Politik des Landesverbandes auf folgende
379 Bereiche zu konzentrieren:

380
381 1.

382
383 In den Kreisverbänden gilt es, Formen linker Stadtteilpolitik weiter zu entwickeln und durch
384 bestimmte ausgewählte Projekte aktionsorientiert umzusetzen. Auf kommunaler Ebene bieten sich
385 dafür vorrangig die Themenfelder Sozial- und Wohnungspolitik an, da den prekären Schichten
386 dieser Gesellschaft in diesen Bereichen neoliberaler Politik der Wind am stärksten ins Gesicht bläst.
387 Hartz IV, Wohnungsnot und Armut prägen überwiegend die Lebensverhältnisse eines Großteils der

388 Menschen. Daraus resultiert vielfache Resignation, Wut auf die herrschende Politik, Wahlenthaltung
389 oder die Wahl der AfD, weil sie als die angebliche Protestpartei gegen das Establishment erscheint.
390 Linke Alternativen in diesen Bereichen, die insbesondere in den Stadtteilen zu mehr Präsenz und
391 Wahrnehmbarkeit führen sollten, sollten in den nächsten Wochen und Monaten in den
392 Kreisverbänden verstärkt diskutiert werden.

393

394 2.

395

396 Für den Landesverband insgesamt gilt, wir müssen überall dort, wo sich berechtigter Widerstand
397 gegen die Politik von CDU und FDP regt, aber auch bei Maßnahmen von Unternehmen gegen die
398 Beschäftigten und in tariflichen Auseinandersetzungen zur Stelle sein. Deshalb werden wir stärker
399 als bisher die bereits bestehenden außerparlamentarischen Bündnisse in folgenden Politikfeldern
400 unterstützen und daran arbeiten müssen, ein wahrnehmbares linkes Profil unserer Partei zu
401 entwickeln:

402

403 **a) Soziale Frage**

404

405 Die deutlichen Erfolge der AfD in den meisten prekären Stadtteilen geht einher mit einer
406 weitestgehenden Stagnation der Ergebnisse in diesen Stadtteilen für unsere Partei. Bei der
407 Ursachenanalyse dürfte davon auszugehen sein, dass wir bei den erwerbslosen Menschen und den
408 prekarierten Schichten nicht mehr als eine Partei wahrgenommen werden, die für sie einen
409 „Gebrauchswert“ hat bzw. die sich in ihrem Interesse mit den herrschenden Machtverhältnissen
410 anlegt. Wir sollten deshalb in allen Kreisverbänden insbesondere des Ruhrgebiets Überlegungen
411 anstellen, mit welchen Projekten bzw. Handlungsstrategien wir in den nächsten Wochen und
412 Monaten uns in diesen Stadtteilen stärker verankern.

413

414 **b) Antirassismus / AfD / Flüchtlingsarbeit / Innere Sicherheit**

415

416 Diese Politikbereiche verbindet ein zentrales Thema: wie gelingt es uns, in Allianz mit zahlreichen
417 Initiativen im Bereich der Flüchtlingsarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat NRW bzw.
418 anderen Gruppierungen, der Rechtsentwicklung ein Projekt der Solidarität entgegen zu setzen ?

419

420 DIE LINKE. NRW unterstützt auch in Zukunft nach Kräften die Proteste von
421 Geflüchteten. Der gemeinsame Kampf für eine soziale Offensive für alle, egal, ob er oder sie in
422 Deutschland geboren wurde, ist für uns zentral. Hier können wir auf einer erfolgreiche Praxis in den
423 Kreisverbänden aufbauen. Gerade in Zeiten der Koalition aus CDU und FDP wird unser
424 gemeinsamer, lautstarker Widerstand und Protest dringend gebraucht. Der Landesvorstand wird sich
425 für die Vernetzung und den Austausch zwischen den Kreisverbänden einsetzen und wird dafür neue
426 Verantwortlichkeiten festlegen. Für uns ist und bleibt klar: Wir lassen uns nicht spalten. Wir
427 kämpfen gemeinsam für folgende Grundwerte und Ziele: Sozial. Gerecht. Frieden.

428

429 Darüberhinaus sollten wir im Landesverband versuchen, Strukturen zu schaffen, die zum
430 herrschenden Sicherheitsdiskurs linke Alternativen entwickeln, da die sog. „Sicherheitsdebatte“ u.a.
431 von der neuen Landesregierung genutzt wird, den Repressionsapparat weiter auszubauen und durch
432 die Einsetzung der „Bosbach-Kommission“ die Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen und die
433 weitere Einschränkung von Rechten bei Verdächtigen und „Gefährdern“ zu forcieren. Staatliche
434 Repression gegen antifaschistischen bzw. antikapitalistischen Widerstand, sei es bei den Protesten
435 gegen den G 20-Gipfel oder sei es bei zahlreichen Aktionen bzw. Blockaden gegen rechte und
436 nazistischen Aufmärschen wird in Zukunft mit aller Wahrscheinlichkeit zunehmen. Gegen diese
437 staatliche und juristische Kriminalisierung muss sich DIE LINKE eindeutig positionieren und sich

438 solidarisch mit den Verfolgten bzw. Angeklagten zeigen. Dies ist u.a. eine wesentliche
439 Voraussetzung, um breite Bündnisse gegen Rechtspopulisten und Faschisten zu schaffen.

440

441 **c) Umweltpolitik**

442

443 Die Umweltpolitik hat durch die von zahlreichen Initiativen getragenen Proteste Ende August gegen
444 den Braunkohletagebau im Hambacher-Forst, den Dieselskandal und die im November in Bonn
445 stattfindende Weltklima-Konferenz in den letzten Wochen und Monaten einen besonderen medialen
446 und politischen Stellenwert erhalten. Wir haben deshalb alle Veranlassung, den Landesverband
447 darauf stärker zu orientieren, als es uns bisher gelungen ist. Das bedeutet zunächst, eine breite
448 Unterstützung von Aktionen gegen die in Bonn stattfindende Weltklima-Konferenz und der
449 weiteren Proteste gegen den Braunkohletagebau zu organisieren. Diese Aktionen sollten wir
450 verbinden mit Forderungen nach einer dezentralen Energieversorgung ohne fossile Brennstoffe,
451 sowie nach verstärktem Ausbau des ÖPNV, um den Individualverkehr in den Innenstädten
452 zurückzudrängen. Schließlich hat der Dieselskandal einmal mehr deutlich gemacht, mit welchen
453 mafiosen Methoden die deutschen Autokonzerne ihre Weltmarktstrategie durchsetzen. Wir sollten
454 uns insbesondere auch bei diesem Themenfeld stärker qualifizieren, um vor allem auf kommunaler
455 Ebene sowohl durch Veranstaltungen, als auch durch eine aktionsorientierte Politik unsere linken
456 Alternativen aufzuzeigen.

457

458 Auch wenn noch weitere Themenfelder von Bedeutung sind, dürfte es sich aufgrund der
459 vorhandenen Kapazitäten anbieten, die Arbeit des Landesverbandes in einigen ausgewählten
460 Bereichen sowohl weiter zu qualifizieren, als auch in der Öffentlichkeit stärkere Akzente zu setzen.

461

462 3.

463

464 Diese Themenfelder erfordern eine langfristig angelegte Strategie. Der Landesvorstand wird
465 deshalb auf seiner Klausur am 11./12. Nov. 2017 dazu eine Konzeption erarbeiten und diese
466 anschließend auf einem Treffen mit den Kreissprecher*innen vorstellen, um dadurch eine breite
467 innerparteiliche Debatte in der Partei zu ermöglichen.